Ausschuß für Frauenpolitik

Protokoll

42. Sitzung (nicht öffentlich)

15. April 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.20 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Morawietz (SPD)

Stenograph: Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

Thema: Das Land muß Frauenfilmfestival Feminale retten

Anfrage der Abgeordneten Hürten (GRÜNE)

1

Nach Entgegennahme eines Berichts von MDgt Kral (KM), der von MDgtin Behler (MGFM) ergänzt wird, diskutieren die Abgeordneten sich ergebende Fragen.

Der Ausschuß appelliert einvernehmlich an alle Verantwortlichen, alle Kontakte zu nutzen und sich dafür einzusetzen, die Durchführung der Feminale sicherzustellen.

2 Förderung von Frauenhäusern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3635

5

MDgtin Behler (MGFM) berichtet über die mit der Novellierung der Frauenhausförderrichtlinien vorgesehenen Änderungen und den Stand des Verfahrens.

6

Der Ausschuß berät sodann den Antrag und erklärt sich einvernehmlich mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion einverstanden, schon heute darüber abzustimmen.

9

Der Antrag der Fraktion der GRÜNEN - Drucksache 11/3635 - wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN **abgelehnt**.

Berichterstatterin: Abgeordnete Morawietz (SPD)

3 Fortpflanzungsmedizin ist die falsche Antwort auf Fruchtbarkeitsstörungen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/5158

15

MR Dr. Zieger (MAGS) berichtet über den Sachstand der Beratungen über ein Fortpflanzungsmedizingesetz und zur Situation der in Ehe- und Familienberatungsstellen geleisteten Beratung bei ungewollter Kinderlosigkeit.

15

Der Ausschuß berät sodann die Einzelpunkte des Antrages der GRÜNEN.

18

Nach Eingang eines vom MAGS erwarteten Berichts soll die abschließende Beratung am 10. Juni 1994 erfolgen.

4 § 218: Spielräume nutzen!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/6371 (Neudruck)
Vorlage 11/2795

21

MDgtin Behler (MGFM) erstattet dem Ausschuß hierzu einen weiteren Bericht.

21

In der folgenden, kurzen Aussprache wird vereinbart, den Antrag am 10. Juni 1994 abschließend zu beraten.

22

5 Ausländischen Ehegattinnen und -gatten muß ein eigenständiges Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik gewährt werden!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/6584

23

Der Ausschuß nimmt einen Bericht von MR'in Ostrowsky (Innenministerium) entgegen.

23

In der anschließenden Debatte nehmen die Vertreterinnen des Gleichstellungs- und des Innenministeriums zu den sich ergebenden Fragen Stellung.

25

Der Ausschuß beschließt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN, am 10. Juni 1994 über den Antrag abzustimmen.

6 Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen - Mitbestimmungsgesetz NWGesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4929in Verbindung damit:**Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes**Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5019und**Drittes Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5258

Vorlage 11/2839

29

LMR Kunz (Innenministerium) berichtet zu den frauenpolitisch relevanten Änderungsvorschlägen im Gesetzentwurf der Landesregierung.

29

Der Ausschuß berät die Gesetzentwürfe abschließend.

32

Auf Antrag der Abgeordneten Speth (SPD) wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. empfohlen, den frauenpolitisch relevanten Änderungen im Gesetzentwurf der Landesregierung zuzustimmen, und zugleich der federführende Ausschuß gebeten, bei einer neuerlichen Novellierung des LPVG die frauenpolitischen Gesichtspunkte verstärkt zu berücksichtigen.

**7 Demontage von Arbeitnehmer/innen-Schutzrechten im Arbeitszeitrecht stoppen -
Durch Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze sichern und schaffen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/6242

33

Mit Einverständnis der Antragstellerin verzichtet der Ausschuß auf eine Beratung und beschließt einvernehmlich, den **Antrag als erledigt** anzusehen.

Protokollberichtigung

34

getragen werden könnte. Das Land habe nun eine Initiative gestartet, und niemand könne erwarten, daß die Landesregierung sofort eine weitere Initiative nachschiebe. Mehr sei sicherlich zu Zeit nicht durchsetzbar. Es sei auch zuerst einmal zu beobachten, ob die Härteklausel geeignet sei, in Einzelfällen zu helfen, und dann zu überlegen, ob vielleicht noch etwas verbessert werden könne.

Mit einer solchen "Beerdigung" ihres Antrags ist **Abgeordnete Hürten (GRÜNE)** nicht einverstanden. Viele Aspekte des Antrags und auch die Überlegungen von Frau Behler seien nicht erörtert worden. Der Leitsatz des Antrages - eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Ehegattinnen und -gatten - sei durch die Bundesratsinitiative nicht abgedeckt. Wenn an der bisherigen Härtefalldefinition durch die Gerichte und Ausländerbehörden etwas geändert werden solle, erforderte das nach ihrer Meinung eine weitergehende Änderung des § 19. Sie sehe es nicht so, daß das Land nun in absehbarer Zeit keine weitere Initiative auf den Weg bringen könne.

Dem Vorschlag der **Vorsitzenden**, am 10. Juni 1994 über den Antrag abzustimmen, folgt der **Ausschuß** mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN.

6 Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen - Mitbestimmungsgesetz NW

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4929

in Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5019

und

Drittes Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-WestfalenGesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5258

Vorlage 11/2839

Die **Vorsitzende** bemerkt vorab, diese Gesetzentwürfe würden federführend vom Ausschuß für Innere Verwaltung beraten. Sie bittet den Vertreter des Innenministeriums, zu den frauenrelevanten Aspekten Stellung zu nehmen.

Leitender Ministerialrat Kunz (Innenministerium) führt aus:

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes enthält drei Regelungen, die frauenpolitische Aspekte beinhalten:

In § 10 LPVG ist vorgesehen, daß das aktive Wahlrecht der Beschäftigten auch in den Fällen erhalten bleibt, in denen ein Urlaub unter Wegfall der Bezüge - also: Erziehungsurlaub, frauenpolitischer Urlaub oder arbeitsmarktpolitischer Urlaub nach §§ 85 a oder 78 b LBG - am Wahltag seit nicht mehr als 18 Monaten andauert. Das bedeutet, daß die - überwiegend Frauen -, die diesen Urlaub in Anspruch nehmen, das aktive Wahlrecht künftig nicht mehr verlieren, wenn ihr Urlaub am Wahltag seit nicht mehr als 18 Monaten andauert. Nach geltendem Recht verlieren sie das Wahlrecht bereits, wenn der Urlaub nicht mehr als sechs Monate andauert. Gewählt worden ist der Zeitraum, der die Hälfte des derzeit möglichen Erziehungsurlaubs ausmacht.

Zweitens: Der allgemeine Aufgabenkatalog des Personalrats in § 64 LPVG soll um die Aufgabe des Personalrates ergänzt werden, auf die Gleichstellung von Frau und Mann hinzuwirken. Damit soll verdeutlicht werden, daß - korrespondierend mit der Verpflichtung der Dienststelle - auch der Personalrat, der ja Teil der Dienststelle ist, die allgemeine Aufgabe hat, den Gleichstellungsgrundsatz in die soziale Wirklichkeit umzusetzen, und bei seinen Maßnahmen und Aktivitäten die unterschiedlichen und vielschichtigen Lebenssituationen von Frauen und Männern zu bedenken hat. Bisher war auf Personalratsseite häufig die Auffassung festzustellen, die Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann sei in erster Linie eine Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten oder der Dienst-

stellen allein, aber der Personalrat sei davon nicht sonderlich tangiert. Deswegen diese Ergänzung des allgemeinen Aufgabenkatalogs in § 64!

Der dritte Punkt betrifft § 14 Abs. 7. Hier wird ein Appell ausgebracht, daß im Personalrat Frauen und Männer ihrem zahlenmäßigen Anteil in der Dienststelle entsprechend vertreten sein sollen. Das Wort "sollen" ist in diesem Fall von besonderer Bedeutung. Wir haben seinerzeit ausdrücklich nicht "müssen" hereingeschrieben, weil im Vorfeld der Erstellung des Gesetzentwurfs innerhalb der Landesregierung die Frage, ob man daraus eine zwingende Regelung machen soll, zwar intensiv diskutiert worden ist, man sich aber im Hinblick auf verfassungsrechtliche Bedenken nicht dazu entschließen konnte. Das hing damit zusammen, daß seinerzeit am hessischen Verfassungsgerichtshof eine Normenkontrollklage anhängig war, die zu klären hatte, ob eine entsprechende Regelung im hessischen Landespersonalvertretungsgesetz verfassungsgemäß war, die wie folgt lautet:

Männer und Frauen sind bei der Bildung des Personalrates entsprechend ihrem Anteil an den wahlberechtigten Beschäftigten der Dienststelle zu berücksichtigen. Sind in einer Dienststelle Angehörige verschiedener Gruppen beschäftigt, so müssen in jeder Gruppe Männer und Frauen entsprechend ihrem Anteil und jede Gruppe entsprechend ihrer Stärke im Personalrat vertreten sein, wenn dieser aus mindestens drei Mitgliedern besteht.

Diese Regelung war uns damals bekannt, aber weil das Normenkontrollverfahren beim hessischen Verfassungsgerichtshof anhängig war, wurde in der Landesregierung darüber Einigung erzielt, bei der jetzigen Novelle dieses Thema auszusparen und für die nächste Novelle gegebenenfalls eine entsprechende Änderung der einschlägigen Vorschriften vorzusehen.

Inzwischen gibt es jedoch eine Entscheidung des hessischen Verfassungsgerichtshofs. Sie stammt vom Dezember 1993 und ist in ihrem Wortlaut im Januar oder Februar dieses Jahres bekanntgeworden. Der hessische Verfassungsgerichtshof hat die hessische Regelung für mit den Bestimmungen der hessischen Landesverfassung für vereinbar erklärt. Damit ist es sicherlich eine maßgebliche Entscheidung in der Welt, die die Verfassungsmäßigkeit einer solchen Regelung bestätigt. Ob sie auch mit dem Grundgesetz vereinbar ist, ist damit zwar nicht entschieden worden; dies wird aber zur Zeit nirgendwo vor Gericht verfolgt.

Es gibt zu dem Thema keine Beschlußlage der Landesregierung, weil ja eine Muß-Regelung im Gesetzentwurf nicht enthalten war und auch von den Gewerk-

schaften und Verbänden nicht gefordert worden ist. Die Landesregierung hat sich vielmehr darauf geeinigt, das Thema bei der nächsten Novelle des LPVG wieder anzupacken.

Abgeordnete Hürten (GRÜNE) würde es begrüßen, wenn der Frauenausschuß dem Innenausschuß - sinngemäß - empfehle, die Rechte der Frauen in den Personalräten zu stärken und über entsprechende Bestimmungen zu sichern, daß Frauen in den Gremien stärker vertreten seien, daß die Mitbestimmung der Personalräte auf Frauenförderpläne und Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung ausgeweitet werde und daß Frauenversammlungen möglich würden.

Den frauenpolitischen Vorschlägen der Landesregierung in diesem Gesetzentwurf stimmt **Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.)** zu. Sie macht darauf aufmerksam, daß die von Frau Hürten gewünschte Empfehlung den im Gesetzentwurf der GRÜNEN zu den §§ 34 ff. vorgeschlagenen Änderungen entspreche.

Die CDU-Fraktion kann nach den Worten der **Abgeordneten van Dinther** die frauenpolitischen Vorschläge im Gesetzentwurf der Landesregierung ebenfalls mittragen. Die weitergehenden Vorstellungen der GRÜNEN fänden jedoch nicht ihre Unterstützung.

Abgeordnete Heemann (SPD) weist darauf hin, daß die SPD-Fraktion die Gesetzentwürfe noch nicht abschließend beraten habe. Die Vorstellungen der Landesregierung fänden auch die Zustimmung ihrer Fraktion. Darüber hinaus könne sie sich allenfalls vorstellen, dem Innenausschuß eine vorsichtige Empfehlung zu geben, über weitergehende frauenpolitische Forderungen nachzudenken.

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.) weist darauf hin, daß der Innenausschuß die Absicht habe, bereits Ende April seine abschließende Beratung durchzuführen. Sie plädiere dafür, seitens des Frauenausschusses heute ein Votum abzugeben, damit der Innenausschuß es noch berücksichtigen könne.

Im Hinblick darauf spricht sich auch **Abgeordnete Speth (SPD)** dafür aus, heute zu entscheiden.

Sie schlägt vor, den frauenpolitisch relevanten Änderungen im Gesetzentwurf der Landesregierung zuzustimmen und darüber hinaus den federführenden Ausschuß zu bitten, bei einer neuerlichen Novellierung des LPVG die frauenpolitischen Gesichtspunkte verstärkt zu berücksichtigen.

Diese Formulierung geht der **Abgeordneten Hürten (GRÜNE)** nicht weit genug. Sie werde sich deshalb der Stimme enthalten.

Der **Ausschuß** nimmt die von Frau Speth vorgeschlagene Empfehlung mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der GRÜNEN an.

**7 Demontage von Arbeitnehmer/innen-Schutzrechten im Arbeitszeitrecht stoppen -
Durch Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze sichern und schaffen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/6242

Abgeordnete Hürten (GRÜNE) stellt hierzu fest - ohne sich allerdings mit ihrem Kollegen im federführenden Ausschuß abgesprochen zu haben -: Inzwischen sei das Arbeitszeitgesetz des Bundes verabschiedet. Auch wenn es nicht in dem Sinne geschehen sei, wie es der Antrag ihrer Fraktion fordere - das gelte insbesondere für die frauenpolitischen Aspekte -, halte sie es für möglich, den Antrag als erledigt anzusehen. - Dem folgt der **Ausschuß** einstimmig.